Textliche Festsetzung zum Bebauungsplan Nr. 302 - Zeche Jacobi -

1. Die Trasse des vorhandenen Fernmeldekabels der RAG ist mit einem Leitungsrecht zugunsten der RAG (2 m Breite) zu belegen.

(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Kennzeichnungen

gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 2 BauGB

Der gesamte Planbereich gehört zu den Gebieten, unter denen der Bergbau umgeht und zum Anpassungsbereich gemäß § 110 Bundesberggesetz vom 13.08.1981. Besondere Sicherungsmaßnahmen sind gegebenenfalls erforderlich (Richtlinien für die Ausführung von Bauten im Einflußbereich des untertägigen Bergbaus gemäß Runderlaß des Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten vom 10.09.1963 – II B 2-2796 Nr. 1435/62, veröffentlicht im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 127 vom 08.10.1963).

gemäß § 9 Abs. 5 Nr. 3 BauGB

Der Boden im gesamten Bebauungsplanbereich ist erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet (ehemaliger Kokereistandort).

Hinweis

Innerhalb der Schutzbereiche (R=20 m) der Schächte Jacobi 1 und 2 sollen keine Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern erfolgen. Für das Verlegen von Ver- und Entsorgungsleitungen aller Art ist die Zustimmung der Ruhrkohle AG erforderlich. Ggf. ist hierfür vom Versorgungsträger eine gutachterliche Stellungnahme der Deutschen Montan Technologie (DMT) beizubringen.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch i. d. F. vom 08.12.1986 und in der Fassung vom 27.08.1997 (BGBl. I, S. 2253), § 8a Bundesnaturschutzgesetz i. d. F. vom 12.03.1987 (BGBl. I, S. 889), jeweils zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 - Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz - (BGBl. I, S. 466), in Verbindung mit den Vorschriften der Baunutzungsverordnung i. d. F. vom 23.01.1990 (BGBl. I, S. 132) und der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBl. I, S. 58), § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes vom 14.05.1990 (BGBl. I, S. 880).